

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>20.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Linke und ökologische Parteien</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Volksinitiative</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2024</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Beer, Urs  
Brändli, Daniel  
Bühlmann, Marc  
Müller, Eva  
Rinderknecht, Matthias  
Schoenholtz, Stephan

## Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Linke und ökologische Parteien, Volksinitiative, 1990 – 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 20.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	<b>1</b>
Parteien	1
Linke und ökologische Parteien	1

## Abkürzungsverzeichnis

**AHV** Alters- und Hinterlassenenversicherung  
**EU** Europäische Union  
**PTT** Post-, Telefon- und Telegrafengebiete

---

**AVS** Assurance-vieillesse et survivants  
**UE** Union européenne  
**PTT** Postes, téléphones, télégraphes

# Parteien, Verbände und Interessengruppen

## Parteien

### Linke und ökologische Parteien

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 04.09.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die eingeleitete Öffnung der PdA für neue Ideen und Themen wurde mit der Lancierung der Volksinitiative «Frauen und Männer» konkretisiert. Diese verlangt eine **Quotenregelung von maximal 60% des gleichen Geschlechts** für alle politischen Behörden mit fünf oder mehr Mitgliedern. Gleichzeitig hat die Partei eine zweite Initiative, «Gleiche Rechte in der Sozialversicherung», lanciert. Diese fordert die **Durchsetzung des Gleichheitsartikels in den Sozialwerken**.<sup>1</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 10.03.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die **beiden Volksinitiativen** «Frauen und Männer» für eine Quotenregelung für alle politischen Behörden bzw. «Gleiche Rechte in der Sozialversicherung», welche von der PdA 1990 lanciert worden waren, **kamen nicht zustande**.<sup>2</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 09.10.1992  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Volksinitiative für eine vernünftige Drogenpolitik und einer parlamentarischen Initiative der grünen Fraktion, welche mittels einer Revision des Betäubungsmittelgesetzes eine differenzierte Legalisierung des Drogenkonsums beabsichtigt, stellte die GPS ihre **Vorschläge für eine humane Drogenpolitik** vor. Ausgehend vom geltenden Gesetz will sie eine breit angelegte und **medizinisch kontrollierte Drogenabgabe an Süchtige** fördern. In einer zweiten Stufe sollen durch eine Revision des Betäubungsmittelgesetzes **Konsum und Handel von weichen Drogen legalisiert** sowie Erwerb und Besitz von harten Drogen freigegeben werden. Langfristig soll der Bund die Einfuhr, Herstellung und den Verkauf von Betäubungsmitteln übernehmen, um dem illegalen Markt den Boden zu entziehen.<sup>3</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 07.11.1994  
EVA MÜLLER

Erstmals in ihrer Geschichte lancierte die Grüne Partei im Berichtsjahr eine eidgenössische Volksinitiative – und zwar gleich eine Doppelinitiative. Mit den Initiativen «**für ein flexibles Rentenalter 62 für Mann und Frau**» und «**für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern**» griff die Partei ins Tauziehen um die 10. AHV-Revision ein und will zugleich eine ökologische Steuerreform einläuten.<sup>4</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 23.05.1996  
EVA MÜLLER

Im Mai kam die Tandem-Initiative der Grünen, **nachdem sie an Finanznot zu scheitern drohte, doch noch zustande**. Es handelt sich um die ersten eidgenössischen Volksbegehren, welche die Grünen realisierten. Die Doppelinitiative strebt ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau an und will die dadurch entstehenden Kosten mit einer Steuer auf nicht erneuerbare Energien auffangen.<sup>5</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 25.07.1996  
EVA MÜLLER

Die PdA prüfte die Lancierung einer Krankenkassen-Initiative, gemäss welcher die **Krankenkassenprämien massiv reduziert** und künftig **entsprechend dem Einkommen** berechnet werden sollen. Zur Finanzierung sollen neben Bund und Kantonen auch die Unternehmen herangezogen werden.<sup>6</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 24.07.1997  
EVA MÜLLER

Im Frühjahr lancierte die PdA eine **Volksinitiative «für einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien»**. Gemäss Text soll der Bund mindestens 50 Prozent der jährlichen Versicherungskosten decken; die dafür erforderlichen Finanzen seien mindestens zur Hälfte durch Unternehmen (v.a. Banken) aufzubringen. Ausserdem ergriff die PdA zusammen mit zwei Westschweizer SP-Kantonalsektionen das **Referendum gegen vier Gesetze zur Liberalisierung und Teilprivatisierung im Post- und Telekommunikationsbereich**. Die Partei argumentierte, dass das enorme Vermögen der PTT nicht an Private verscherbelt werden dürfe. Sie brachte die erforderlichen Unterschriften jedoch nicht zusammen.<sup>7</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 03.10.1998  
URS BEER

Mit nur der Hälfte der erforderlichen 100'000 Unterschriften kam die Volksinitiative «für einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien» **der PdA nicht zustande**. Die rund 50'000 gesammelten Unterschriften deponierte die Partei als Petition. Das Volksbegehren war im Mai 1997 lanciert worden mit der Forderung, der Bund müsse mindestens 50% der jährlichen Ausgaben der sozialen Krankenversicherung übernehmen, um die Prämien für die einkommensschwachen Bevölkerungsteile massiv zu senken. Der Bundesbeitrag sollte unter anderem durch eine Gewinnabgabe der Banken finanziert werden.<sup>8</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 23.08.2006  
DANIEL BRÄNDLI

Im August zogen sich die Grünen aus dem **Gegen-Komitee zur „18-Prozent-Initiative“** zurück, da sie sich mit den Argumenten des Komitees nicht mehr identifizieren könne. Diese Argumente würden teilweise auf fremdenfeindlichen Klischees basieren. So werde in der Aussage, die Initiative könne Kriminalität und Asylmissbrauch nicht verhindern, die Kampagne der SVP unkritisch reflektiert.<sup>9</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 26.06.2006  
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Bei einer Sitzung im Mai beschloss der Vorstand der Grünen die Unterstützung von zwei Volksinitiativen: für ein **Verbot von Kriegsmaterialexporten**, lanciert von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), ebenso wie für einen Tierschutzanwalt, lanciert vom Schweizer Tierschutz. Ebenfalls erteilte der Vorstand der geplanten Klima-Initiative präzisere Konturen.<sup>10</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 05.03.2011  
MARC BÜHLMANN

An ihrem **Kongress** Anfang März in Zürich beschloss die Alternative Linke die Lancierung einer Volksinitiative gegen die Pauschalbesteuerung. Sie wolle damit dem schädlichen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen begegnen. Am Kongress wurde auch eine Debatte über die EU geführt. Einem Beitritt steht die Partei eher skeptisch gegenüber.<sup>11</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 30.03.2011  
MARC BÜHLMANN

Ein Teil des Erfolges von 2007, als die Grünen ihr bisher bestes Resultat feierten, war der damals lancierten Klimainitiative zugeschrieben worden. Im Wahlkampf 2011 sollte mit der **Initiative „Grüne Wirtschaft“** mobilisiert werden. Sie strebt die Ökologisierung der Wirtschaft an und will eine Verkleinerung des ökologischen Fussabdrucks der Schweiz bis ins Jahr 2050 in der Verfassung festschreiben. Für das an der Delegiertenversammlung Ende Januar in Winterthur lancierte Begehren wurden ab März Unterschriften gesammelt. Mit der zusätzlichen, an der Delegiertenversammlung in Basel Anfang April beschlossenen Lancierung der Atomausstiegsinitiative, wollten die Grünen ihren Anspruch auf die Themenführerschaft, insbesondere nach der Nuklearkatastrophe in Japan, unterstreichen. Die Ausstiegsinitiative fordert einen Verzicht auf Atom-Strom ab 2024, der vor allem durch höhere Energieeffizienz und Energiesparen ermöglicht werden soll.<sup>12</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 17.06.2011  
MARC BÜHLMANN

Auch die GLP setzte für ihren Wahlkampf direktdemokratische Instrumente ein. Mit ihrer **Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“**, die sie zum Wahlauftakt präsentierte, schlägt die Partei vor, anstelle des Konsums von Lebensmitteln oder Kleidern den Verbrauch nicht-erneuerbarer Energie zu besteuern. Mit der Initiative wolle man auch beweisen, dass die Partei initiativfähig sei, so Bäumle.<sup>13</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 22.08.2011  
MARC BÜHLMANN

Im Gegensatz zu den Grünen verfolgten die Grünliberalen eine weniger dogmatische und eher pragmatische **Energiepolitik**. Nach der Lancierung der Ausstiegsinitiative durch die Grünen warf der GLP-Präsident ihnen vor, lediglich Wahlkampfpropaganda zu betreiben. Ein sofortiger Ausstieg sei zu teuer und die Schweiz würde damit ihre Abhängigkeit von importiertem Strom verstärken. Um den erwünschten Ausstieg ohne zusätzliche Subventionen oder neue Regulierung zu erreichen, müsse zuerst das Angebot an alternativen Energieformen genügend gefestigt werden. Dies gelänge am ehesten über eine Besteuerung der nicht-erneuerbaren Energien, wie dies mit der eigenen Initiative geplant sei.<sup>14</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 23.01.2012  
MARC BÜHLMANN

Vor allem „auf der Strasse“ müsse die GP ihre Anliegen durchsetzen, mahnte die scheidende Vizepräsidentin Franziska Teuscher an der Delegiertenversammlung in Kriens Ende Januar. Die Grünen hatten im Berichtsjahr denn auch zwei **Volksbegehren** im Köcher: Neben der Atomausstiegsinitiative, die eine maximale Laufzeit der bestehenden AKWs von 45 Jahren fordert, sammelte die GP auch Unterschriften für die Initiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“, die den ökologischen Fussabdruck der Schweiz ab 2050 auf ein nachhaltiges Niveau reduzieren will. Beide Begehren wurden Ende Berichtsjahr eingereicht: die „Grüne Wirtschaft“ kam offiziell im Oktober mit 112'098 Unterschriften zustande, und die Mitte November eingereichte Atomausstiegsinitiative wurde von der Bundeskanzlei im Januar 2013 als mit 107'533 Unterschriften zustande gekommen verfügt.<sup>15</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 23.01.2012  
MARC BÜHLMANN

Formelle Unterstützung sprachen die Grünen der GLP für deren Idee zu, via Volksbegehren die Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer zu ersetzen. Die **ökologische Steuerreform** sei ein urgrünes Anliegen und passe gut zur eigenen Initiative für eine grüne Wirtschaft.<sup>16</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 15.06.2012  
MARC BÜHLMANN

Zünglein an der Waage spielte die GLP bei der Debatte um die **Abzockerinitiative**. War die Partei zuerst noch für die Bonussteuer, die als direkter Gegenvorschlag vorgelegt werden sollte, machte sie Mitte Juni eine Kehrtwende und half mit, diese zu versenken. Bäumle rechtfertigte die von den Befürwortern eines Gegenvorschlages heftig kritisierte Kehrtwende damit, dass Minder selber gegen die Bonussteuer sei und seine Initiative wahrscheinlich eher zurückziehe, wenn der indirekte Gegenvorschlag alleine vorläge.<sup>17</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 22.11.2012  
MARC BÜHLMANN

Von sich reden machte die Alternative Linke mit der von ihr lancierten und von der SP, dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und der Unia mitgetragenen Volksinitiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (**Abschaffung der Pauschalbesteuerung**)“. Nachdem die Pauschalbesteuerung in verschiedenen Kantonen bereits abgeschafft worden war, forderte die AL eine Abschaffung auch auf gesamtschweizerischer Ebene. Die Initiative wurde Ende Oktober mit 103'012 gültigen Unterschriften eingereicht.<sup>18</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 31.01.2013  
MARC BÜHLMANN

Die **Atomausstiegsinitiative**, die eine maximale Laufzeit der bestehenden AKWs von 45 Jahren fordert, wurde im Januar als offiziell zustande gekommen verfügt. Die Grünen hatten 107'533 gültige Unterschriften eingereicht.<sup>19</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 27.04.2013  
MARC BÜHLMANN

Das bisher erfolgreichste Projekt der AL ist die Initiative „gegen die Pauschalbesteuerung“, die Ende 2012 mit 103'012 gültigen Unterschriften eingereicht worden war. Ansonsten verliefen die 2009 gestarteten Bemühungen einer nationalen Einigung der antikapitalistischen Gruppierungen allerdings sehr harzig. Historisch bedingte Grabenkämpfe und ideologische Differenzen drohten das Projekt scheitern zu lassen. Nicht nur in der West-, sondern auch in der Deutschschweiz äusserten sich einige Exponenten vermehrt **desillusioniert**. Es lohne sich eher, sich auf kommunale Politik zu konzentrieren – wie das Beispiel der Stadt Zürich zeige.<sup>20</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 29.04.2013  
MARC BÜHLMANN

An ihrer Delegiertenversammlung in Biel Ende April versprachen die Grünen, die **AHVplus-Initiative** des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zu unterstützen und selber 5 000 Unterschriften beizusteuern.<sup>21</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 10.09.2013  
MARC BÜHLMANN

Mit ihrer im Oktober 2012 eingereichten **Initiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“** konnte die GP einen ersten Erfolg erzielen, reagierte doch der Bundesrat mit einem indirekten Gegenvorschlag mittels Revision des Umweltschutzgesetzes. Die Initiative verlangt die Reduktion des ökologischen Fussabdrucks der Schweiz von heute – hochgerechnet auf die Weltbevölkerung – 2,8 Erden auf 1 Erde im Jahr 2050. Ziel sei es, nur so viele natürliche Ressourcen zu verbrauchen, wie natürlicherweise hergestellt werden. Der Bundesrat befürwortete die Stossrichtung, erachtete das Ziel der Initiative aber als zu ehrgeizig. Mit dem Verweis auf ein Papier der Unternehmervereinigung „World Business Council of Sustainable Development“, der Firmen wie ABB, Novartis oder Toyota angehören und die in einer Vision 2050 mögliche Wege für eine Reduktion des Fussabdrucks auf 1,1 Erden aufzeigt, erhoffen sich die Grünen auch Unterstützung aus der Wirtschaft.<sup>22</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 05.11.2013  
MARC BÜHLMANN

Im November des Berichtsjahrs kündigten die Grünen an, eine Initiative im Bereich der **Agrarpolitik** lancieren zu wollen. Ziel der Initiative „für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)“ ist die Förderung lokal und saisonal produzierter Lebensmittel. Importiert werden dürfen nur noch Lebensmittel, die nach Schweizer Vorschriften und Gebräuchen produziert wurden. Heute könne wegen fehlender Transparenz die Einhaltung von Umwelt-, Qualitäts- oder Tierschutzstandards nicht beurteilt werden. Auch gebe es keine Vorschriften für fairen Handel. Eine bessere Qualität der Produkte würde einen höheren Preis rechtfertigen. Das Begehren soll im Januar 2014 ausgereift sein und den Delegierten vorgelegt werden können.<sup>23</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 17.12.2013  
MARC BÜHLMANN

Die Sammlung der Unterschriften für die im nationalen Wahljahr 2011 lancierte **Initiative „Energie statt Mehrwert besteuern“** verlief harzig. Rund ein Jahr nach Beginn waren erst etwa 40'000 Unterschriften gesammelt worden. Das Begehren, mit dem auch bewiesen werden sollte, dass die GLP initiativfähig sei, wurde in der Folge zur Prestigesache. Auch mit finanziellen Anreizen wurde versucht, die Unterschriftensammlung zu beschleunigen. Am 17. Dezember – weil der eigentliche Termin, der 15.12., auf einen Samstag fiel und die Unterschriften an einem Werktag eingereicht werden müssen, erhielt die GLP zwei Tage Zusatzfrist – wurden schliesslich 108'830 beglaubigte Unterschriften eingereicht, wovon 108'018 von der Bundeskanzlei Anfang 2013 als gültig akzeptiert wurden.<sup>24</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 13.05.2014  
MARC BÜHLMANN

Im Mai begann die **GP** mit der Unterschriftensammlung für ihre **„Fair Food“-Initiative**. Das Begehren fordert, dass gesunde, umweltfreundliche und fair hergestellte Import-Produkte mit Zollerleichterung versehen werden, um zu vermeiden, dass der weltweite Handel mit Nahrungsmitteln die Qualitätsstandards in der Schweiz unterläuft. Zudem soll die Lebensmittelindustrie, die bei verarbeiteten Produkten immer häufiger auf billige Zutaten setzt, in die Pflicht genommen werden: Die aus ausländischen Produktionsstätten stammenden Zutaten genügen den qualitativen Ansprüchen, wie sie in der Schweizer Produktion Standard sind, häufig nicht. Dies soll geändert werden. Die GP-Delegierten hatten dem Vorhaben im Januar mit 132 zu 10 Stimmen bei 21 Enthaltungen ihren Segen erteilt. Vorbehalte meldeten damals vor allem die jungen Grünen an, die kritisierten, dass keine verbindlichen Ziele verlangt werden und befürchteten, dass im Wahljahr mit dem Vorhaben zu viele Ressourcen gebunden würden.<sup>25</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 03.10.2014  
MARC BÜHLMANN

Auch die **GP** schaltete sich mit einem eigenen Vorschlag in die Diskussionen über die **Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative** ein. Sie forderte eine EU-kompatible Umsetzung, da sich die Stimmbevölkerung am 9. Februar gegen die negativen Nebeneffekte der Zuwanderung geäussert, und nicht für eine bestimmte Zuwanderungsbeschränkung ausgesprochen habe. Eine Verfassungsänderung in Form einer neuen Abstimmung sei deshalb nicht nötig, weil man mit einer raschen Umsetzung der Fachkräfteinitiative die meisten Probleme beheben könne. Es solle eine kreative Umsetzungslösung – wie bei der Alpenschutzinitiative – gesucht werden.<sup>26</sup>

Mit ihrem Initiativprojekt zur „Abschaffung der Pauschalbesteuerung“ konnte die **Alternative Linke** einen **Prestigeerfolg** feiern. Nicht nur war es der radikalen Linken gelungen, die nötigen Unterschriften zusammenzubringen, sondern der 40,8%-Ja-Stimmen-Anteil war für ein linkes Wirtschafts Anliegen mehr als man sich erhoffen konnte, lag dieser doch höher als Links-Grün in der Regel an Wählerstimmen mobilisieren kann.<sup>27</sup>

Als Oppositionspartei nutzte die **GP** auch 2014 ausgiebig die **direktdemokratischen Instrumente**. So lancierten die Grünen im Berichtjahr ihre neue Fair-Food-Initiative. Bereits erfolgreich eingereicht hatte die GP ihre Atomausstiegsinitiative, die im Rahmen der Energiestrategie 2050 Ende Berichtjahr im Nationalrat behandelt und abgelehnt wurde. Die Initiative „Grüne Wirtschaft“, für die 2013 die nötigen Unterschriften gesammelt worden waren, wurde im Berichtsjahr vom Bundesrat behandelt. Die Regierung legte in ihrer Botschaft dar, dass sie das Anliegen, Grundlagen für eine Wirtschaft zu schaffen, die das Potenzial der natürlichen Ressourcen nicht beeinträchtigt, teile, die Initiative allerdings als nicht umsetzbar erachte. Zudem trugen die Grünen das Referendum gegen die zweite Gottharddröhre mit.

- 
- 1) NZZ und Bund vom 4.9.90
  - 2) BBl, 1992, II S.715 ; TA vom 3.3.92
  - 3) Presse vom 16.10.92; Verhandl. B. vers., 1992, VI S. 34
  - 4) NZZ und TA, 7.11.94.
  - 5) Presse vom 23.5.96
  - 6) JdG, 12.7.96; Gauchebdo, 25.7.96
  - 7) SGT, 23.4.97; TW, 16.5.97; NZZ, 24.7.97
  - 8) NZZ, 3.10.98
  - 9) BZ, 24.8.00
  - 10) NZZ, 22.5.06. Die DV hiess die Unterstützung der Kriegsmaterial-Initiative im Juni gut (SGT, 26.6.06).
  - 11) SoS, 5.3.11 (sda).
  - 12) AZ, 19.1.11; NZZ, 24.1.11; BaZ, 11.3.11; QJ, 19.3.11; BBl, 2011, S. 2149 (Grüne Wirtschaft); BBl, 2011, S. 3981 (Ausstiegsinitiative); Presse vom 30.3.11 (Ausstiegsinitiative).
  - 13) BBl, 2011, S. 4645; TG, 11.4.11; BaZ, 17.6.11.
  - 14) 24h, 11.4.11; NZZ, 22.8.11.
  - 15) BBl, 2012, S. 8405 (Grüne Wirtschaft); BBl, 2013, S. 615; NZZ, 23.1.12.
  - 16) Presse vom 23.1.12.
  - 17) SGT, 14.6.12; BaZ, 15.6.12.
  - 18) BBl, 2012, S. 9228 f. ; Blick, 19.10.12; NZZ, 22.11.12.
  - 19) BBl, 2013, S. 615.
  - 20) NZZ, 27.4.13.
  - 21) NZZ, 29.4.13.
  - 22) NZZ, 10.9.13.
  - 23) NZZS, 3.11.13; NZZ, 5.11.13.
  - 24) BBl, 2013, S. 617; AZ, 6.7.12; NZZ, 18.7.12; TA, 26.9.12; 24h, 23.10.12; TA, 22.11.12; Blick, 27.11.12; Presse vom 18.12.12.; Medienmitteilung GLP vom 17.12.12.
  - 25) NZZ, 25.1., 27.1.14; SO, 18.5.14; TA, 28.6.14
  - 26) NZZ, 4.10.14
  - 27) NZZ, 25.10.14; LZ, 7.11.14